ULRICH PFEIL

DEUTSCHE HISTORIKER AUF DEN
INTERNATIONALEN HISTORIKERTAGEN
VON STOCKHOLM (1960) UND WIEN (1965)

Geschichtswissenschaft zwischen Internationalität
und Freund-Feind-Denken im Kalten Krieg

Es gibt nicht ein, sondern zwei Deutschland, und ich bin in der unangenehmen Lage, besonders bezüglich tendenziöser Literatur mit Ostberlin so weit zu Kompromissen zu kommen, daß ich mich bei Herrn [Nicolas] Tolu nicht zu sehr blamiere. Am liebsten würde ich die ganze Sache von unserem Institut abwälzen¹.

Mit diesen Worten beschrieb der Göttinger Professor und damalige Direktor des Max-Planck-Instituts (MPI) für Geschichte Hermann Heimpel im April 1969 gegenüber Karl Ferdinand Werner, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris, den Stand eines der letzten gemeinsamen Projekte, das die Historikerkunft beider deutscher Staaten zum damaligen Zeitpunkt noch miteinander verband: Das MPI lieferte gemeinsam mit der bibliographischen Abteilung des Instituts für deutsche Geschichte in Ost-Berlin das deutsche Material für die vom Comité international des sciences historiques (CISH) herausgegebene Internationale Bibliographie der Geschichtswissenschaft (IBG) an die Redaktion in Paris. Die in diesem Briefauszug zum Ausdruck kommende Zuspitzung in den Beziehungen zwischen den Geschichtswissenschaften der Bundesrepublik und der DDR gibt einen symptomatischen Einblick in den von Martin Sabrow analysierten rapiden »Zerfall der historischen Ökumene« in Deutschland seit Mitte der 1950er Jahre², dem in diesem Beitrag aus Perspektive der westdeutschen »Zunft« nachgegangen werden soll. Konkretisiert wird dieser Prozeß an den vom CISH organisierten Internationalen Historikerkongressen in Stockholm (1960) und Wien (1965), die zu den wenigen Orten gehörten, an denen sich west- und ostdeutsche Historiker noch trafen³.

¹ Hermann Heimpel an Karl Ferdinand Werner, 15.4.1969; Archiv des Deutschen Historischen Instituts Paris [ADHIP], Bd. 428.

² Vgl. Martin SABROW, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001, S. 341.

³ Die Dokumente aus den DDR-Archiven und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA) für die Zeit nach 1945 lagen Karl Dietrich ERDMANN für seine Studie

Die Auftritte deutscher Historiker auf der internationalen Bühne zu analysieren, verspricht neue Aufschlüsse zur »Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme« (Lutz Raphael), die im Rahmen des CISH die methodologische Norm der Internationalität mit der ihr eigenen Kommunikations- und Kooperationspraxis hochhielt. Während sich Ost und West im Kalten Krieg in einem binären Freund-Feind-Schema gegenüberstanden und die Überwindung des jeweils anderen Gesellschaftsmodells als weltanschauliches Ziel proklamierten, perpetuierte das CISH die Vorstellung von Wissen als einem kollektiven Gut, das über die Norm seiner Zugänglichkeit die Transnationalität mit der Internationalisierung verbindet. In einer Zusammenführung von fachwissenschaftlicher und politisch-gesellschaftlicher Entwicklung soll auf den folgenden Seiten der Versuch unternommen werden, einen Beitrag zur Beziehungsgeschichte zwischen den Historikern aus beiden deutschen Staaten zu leisten.

Der XI. Internationale Historikerkongreß in Stockholm 1960

Der diplomatische und wissenschaftspolitische Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik

Der »Verband der Historiker Deutschlands« (VHD) sah sich nach der vollzogenen deutschen Zweistaatlichkeit und der für sie so typischen Systemkonkurrenz mit den Realitäten des »deutschen Sonderkonflikts« konfrontiert. Analog zum von der Bundesregierung formulierten Alleinvertretungsanspruch machte auch er es sich zum Ziel, »die Einheit der deutschen Historikerschaft unter dem Primat des westlichen Wissenschaftsverständnisses aufrechtzuhalten«⁴ und die Interessen aller deutschen Historiker im CISH zu vertreten, zählte der VHD doch in der Tat Ende der 1950er Jahre noch zahlreiche (bürgerliche) ostdeutsche Historiker zu seinen Mitgliedern. Die erstmalige Anwesenheit von Historikern aus der DDR auf dem X. Internationale Historikerkongreß in Rom (4.–11. September 1955) verdeutlichte jedoch auch einer breiteren Öffentlichkeit, daß sich die Gräben zwischen den Historikern beider deutscher Staaten kontinuierlich verbreitert hatten⁵.

noch nicht vor: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987.

⁴ Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 304.

⁵ Vgl. Konrad REPGEN, X. Internationaler Historikerkongreß in Rom, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 7 (1956), S. 43–47; Winfried SCHULZE, Die deutschen Hi-

Gegen die ostdeutsche »Zwei-Staaten-Theorie« setzte die Bundesrepublik im Dezember 1955 als neue außen- und deutschlandpolitische Leitlinie die Hallstein-Doktrin, mit der sie eine schleichende Hinnahme der Teilung verhindern wollte⁶. Die nicht mehr zu übersehenden verhärteten Fronten in der politischen Blockkonstellation fanden umgehend ihre Verlängerung in der Verbandsarbeit der Historiker. Gerhard Ritter, Vorsitzender des VHD von 1949 bis 1953 und Mitglied des Beirates (1955–1962) bzw. einer der Vizepräsidenten des CISH (1962–1965), hatte bei einer Sitzung des Ausschusses in Madrid im Juni 1956 erreicht, daß der VHD vom CISH als einzige legitime Vertretung der deutschen Historikerschaft anerkannt wurde und diese Funktion so lange ausfüllen sollte, wie der VHD die Mitgliedschaft für Historiker aus der DDR offenhielt⁷. Hermann Aubin (1885–1969), Präsident des VHD von 1953 bis 1958, hatte sich diesen internationalen Alleinvertretungsanspruch vom CISH Anfang 1957 nochmals bestätigen lassen⁸.

Die Institutionalisierungstendenzen und die immer offensiver geführte »Anerkennungspolitik« der DDR beobachtete das Auswärtige Amt (AA) in Bonn mit wachsender Nervosität und nahm sie Anfang 1960 zum Anlaß für strategische Überlegungen, wie der Alleinvertretungsanspruch auch in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen aufrechterhalten werden kann:

Auf die Frage von Ref. 604, welche konkrete Verhaltensweise den befreundeten ausländischen Delegationen angeraten werden solle, wenn die SBZ klar zu erkennen gebe, daß sie nicht in einer gesamtdeutschen Delegation vertreten sein wolle, erwiderte Ref. 700, daß die zunehmende Mitgliedschaft der SBZ in internationalen Gremien unbedingt abzubremsen sei. Man müsse die Unterstützung der ausländischen Delegationen dadurch zu erreichen suchen, daß man ihnen klarmache, daß das Streben der SBZ nach selbständiger Mitgliedschaft nur von dem Wunsch nach politischer Anerkennung getragen sei. Ref. 119 fügte hinzu, daß gerade dieses Jahr wegen der Vielzahl internationaler Kongresse von uns zu nutzen sei [...]. Die Einwirkung offizieller Stellen auf die Professoren müsse vorsichtig geschehen, um jeden Anschein des Dirigismus zu vermeiden. Statt Einzelgespräche zu führen, sollte man am besten über deutsche wissenschaftliche Gremien mit den Professoren zu einem Gespräch kommen⁹.

Besondere Aktualität erhielt der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch auf wissenschaftspolitischem Terrain im Vorfelde des Stockholmer Historikerkongresses. Die bundesdeutsche Botschaft suchte dabei direkt den Kontakt

storiker auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, in: Dieter HEIN u.a. (Hg.), *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse*. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München, 2006, S. 89–102.

⁶ Vgl. Peter BENDER, *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland*, München 1996, S. 80.

⁷ Winfried SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 191; Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. *Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 452.

⁸ Vgl. SABROW, *Das Diktat des Konsenses* (wie Anm. 2), S. 269.

⁹ Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate am 23. Februar 1960, 3.3.1960; PA/AA, B 94, Bd. 900.

zum Verantwortlichen auf schwedischer Seite, Prof. Torvald Höyer, der die Bonner Diplomaten in der Vorahnung bestätigte, daß der Kongreß von der deutsch-deutschen Konfrontation überschattet werden könnte: »In einem ausführlichen Gespräch unterrichtete uns Professor Höyer, daß er ganz sicher mit einer gewissen Krise während des Kongresses rechne, da der Antrag der SBZ-Historiker als eigener Nationalverband nun doch zur Debatte stehe«¹⁰. Höyer hatte der bundesdeutschen Botschaft in Stockholm geraten, den seit 1958 als Vorsitzender des VHD amtierenden Hans Rothfels zu einer Vortragsreise nach Schweden zu bewegen. Diese nahm den Kontakt umgehend auf, »da ihre Anwesenheit hier dem Vorklima sicher nützlich sein würde: Professor Höyer glaubte, daß ein Thema, das den deutschen Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 in der deutschen Geschichtsschreibung zum Gegenstand hätte, hier besonders gut ankäme und das Publikum finden würde, auf das es bei dieser Reise ankommt«. Nachdem sich Rothfels mit der Kulturabteilung des AA und dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen abgesprochen hatte, kam er der Bitte zwischen dem 15. und 18. Juni 1960 nach und hielt u.a. in Stockholm zwei »Vorträge als Vorwand für Klimavorbereitung«¹¹, u.a. über »Der deutsche Widerstand im internationalen Kräftefeld«¹². Diese Bereitschaft ging nach Jan Eckel auf Rothfels grundlegende Orientierung in seiner wissenschaftlichen Arbeit zurück:

Insofern war Geschichtswissenschaft für Rothfels in der Bundesrepublik weiterhin eine Unterstützungsleistung für den offiziellen Kurs der Regierungspolitik [...]. Getragen wurde diese Orientierung von einer auch nach dem Zweiten Weltkrieg ungebrochenen Identifikation von Wissenschaft und Nation. Diese war der Selbstbindung an die amtliche Politik vorgeordnet¹³.

Der Einsatz des Tübinger Professors bot den Bonner Außen- und Deutschlandpolitikern dabei entscheidende Vorteile: Erstens war er während des »Dritten Reiches« zur Emigration in die USA gezwungen gewesen und besaß damit vordergründig eine »weiße Weste«¹⁴. Zweitens gehörte er nach dem Zweiten Weltkrieg zu den ersten, die sich der Widerstandsthematik angenommen hatten. Noch in den USA veröffentlichte er 1948 sein Buch »The German opposition to Hitler: An appraisal«, das sich sowohl an die alliierte Öffentlichkeit als auch an die nationalen Kreise in Deutschland wandte, welche die

¹⁰ Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm an Hans Rothfels, 20.5.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904. Hier auch das folgende Zitat.

¹¹ Hans Rothfels an Siegfried A. Kähler, 17.3.1960; zit. nach Jan ECKEL, Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 379.

¹² »Okant manuskript ay Hitler hittades i amerikanskt arkiv«, in: Svenska Dagbladet, 16.6.1960.

¹³ ECKEL, Hans Rothfels (wie Anm. 11), S. 380.

¹⁴ Vgl. zu Hans Rothfels: Karsten BORGMANN (Hg.), Hans Rothfels und die Zeitgeschichte, in: Historisches Forum 1 (2004); Johannes HÜRTER, Hans WOLLER (Hg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

deutschen Widerstandskämpfer nicht selten des Verrats am Vaterland bezichtigten¹⁵. Da Rothfels aber auch zu jenen westdeutschen Historikern zählte, welche »die Widerstandshandlungen generalisierend als antitotalitäres Verhalten zu charakterisieren und [...] mit der Vorstellung von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verknüpfen« pflegten¹⁶, konnte dem Ausland ein »entlastendes Gegenbild zu den nationalsozialistischen Verbrechen« präsentiert werden, das nach Jan Eckel die Möglichkeit barg, ein »Bindeglied zu wertvollen geschichtlichen Traditionen« in der deutschen Geschichte zu konstruieren. Mit dem geschichtspolitischen Einsatz des Widerstandes innerhalb der auswärtigen Kulturpolitik¹⁷ unternahm die Bundesrepublik den Versuch, über den einzig möglichen affirmativen Rückbezug auf die NS-Zeit den Brückenschlag in die Bundesrepublik zu finden¹⁸. Gerade Ende der 1950er Jahre war die so sehr um ihr gewandeltes Bild besorgte »Bonner Republik« unter Druck geraten, nachdem eine antisemitische »Schmierwelle« gerade im Ausland für Aufsehen gesorgt hatte.

In dem Bestreben, sich zugleich von der zu überwindenden Vergangenheit zu distanzieren und exkulpatorische Momente zu begünstigen, bestand die Interessenkonvergenz zwischen Rothfels und dem Auswärtigen Amt, die für beide darüber hinaus Grundlage war, um den geschichtspolitischen Wettstreit mit der DDR aufzunehmen. Diese gab sich seit Ende der 1950er Jahre immer größere Mühe, gerade auch im Ausland als einzig legitimer Vermächtnisverwalter des antifaschistischen Widerstandes wahrgenommen zu werden¹⁹. Die

¹⁵ Die Publikation der deutschen Übersetzung (Die deutsche Opposition gegen Hitler: Eine Würdigung, Frankfurt a.M. 1957) trug dann entscheidend dazu bei, in der Bundesrepublik »ein Gespür für die sittliche Fundierung der Widerstandshaltung« zu entwickeln; Peter STEINBACH, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn 2001, S. 40.

¹⁶ Gerd R. UEBERSCHÄR, Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945, in: DERS. (Hg.), Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945, Berlin 1998, S. 125–157, hier S. 126. Vgl. u.a. die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Broschüre: Hans ROTHFELS u.a., Gewissen gegen Gewalt. Rückblick auf den 20. Juli 1944, Bonn 1964.

¹⁷ Vgl. Ulrich PFEIL, »Nicht alle Deutschen haben ein Herz aus Stein«. Über das Bild des deutschen Widerstandes in Frankreich nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 23–30.

¹⁸ Jan ECKEL, Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen, in: Ulrich HERBERT (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 140–176, hier S. 140.

¹⁹ Dabei hatte die Widerstandsgeschichtsschreibung der DDR nicht nur die Aufgabe, den Status der KPD/SED als »führende Partei« zu legitimieren, sondern zugleich die Bundesrepublik in die Kontinuitätslinie der »reaktionären« Zielsetzungen des 20. Juli 1944 zu stellen und ihre politischen Führungspersonlichkeiten zu »entlarven«; vgl. Ines REICH, Das Bild vom deutschen Widerstand in der Öffentlichkeit und Wissenschaft der DDR, in: Peter STEINBACH, Johannes TUCHEL (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 557–571.

hier in groben Zügen beschriebene deutsch-deutsche Konkurrenz um das Erbe des Widerstandes förderte als Folge des Konformitätsdrucks die soziale Verengung des Widerstandsbegriffs bis in die 1960er Jahren hinein, in denen sowohl in der DDR die Geschichte des nichtkommunistischen Widerstandes wie in der Bundesrepublik des kommunistischen Widerstandes weitgehend ausgeblendet blieb. Nachdem der Widerstand in den 1950er Jahren noch »keine wirkliche Heimat im Herzen des Volkes gefunden« hatte, wie die »Süd-deutsche Zeitung« am 22. Juli 1968 feststellte²⁰, förderten der internationale Druck und die Hoffnung auf internationale Reputation durch den geschichtspolitischen Einsatz des Widerstandes wie im Fall der Vortragsreise von Rothfels dann jedoch die Bereitschaft zur Identifizierung mit den deutschen Widerstandskämpfern.

Indem Rothfels den Widerstand in das moralische Fundament der Bundesrepublik aufnahm, konnte er den weiterhin von der Bundesrepublik reklamierten Alleinvertretungsanspruch auch verbandspolitisch legitimieren, den er zugleich im CISH aufrechterhalten wollte, wie aus einem Bericht der Stockholmer Botschaft hervorgeht:

Zweck seiner Reise war, durch Gespräche mit Professor Höyer, dem Vizepräsidenten des Internationalen Historikerverbandes, der gleichzeitig Gastgeber des August dieses Jahres in Stockholm stattfindenden Internationalen Historiker-Kongreß ist, und anderen schwedischen Fachkollegen das Verständnis für die Haltung des Verbandes Deutscher Historiker in allen die SBZ betreffenden Fragen auf dem Kongreß zu vertiefen²¹.

In seinem Gespräch mit der Botschaft präsentierte Rothfels die Linie, die der Vorstand des VHD 1959 eingenommen hatte, um die Aufnahme des DDR-Nationalkomitees zu verhindern, die in den Augen Ritters einer indirekten Anerkennung der politischen Spaltung Deutschlands gleichkam²². Mit welchem Engagement die westdeutschen Historiker die »konfrontative« Kommunikation²³ mit der ostdeutschen Seite im Vorfeld des Stockholmer Kongresses aufnahm, beschreibt Thomas Etzemüller:

Wenn man die Korrespondenzen, die Lageberichte über die östliche Historiographie und die Strategiepapiere [...] liest, dann sieht man, daß die westdeutschen Historiker, die teils als Offiziere im Felde gestanden hatten, jeweils einen generalstabsmäßig vorbereiteten Aufmarsch durchführten²⁴.

Auf seiner Heidelberger Sitzung am 25. Februar 1960 hatte sich der Vorstand des VHD auf die Verteidigung des Alleinvertretungsanspruchs eingeschworen,

²⁰ Zitiert nach STEINBACH, Widerstand im Widerstreit (wie Anm. 15), S. 40f.

²¹ Bericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, 28.6.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.

²² Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 7), S. 453.

²³ Bernd FAULENBACH, Konfrontative Kommunikation. Zum Verhältnis von Historikern der Bundesrepublik und der DDR und seiner Nachwirkung im vereinigten Deutschland, in: Deutschland Archiv 40 (2007) 3, S. 491–502, hier S. 496.

²⁴ ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte (wie Anm. 4), S. 305.

wollte dieses Ziel jedoch nicht mit einer Abreise vom Kongreß oder durch einen Austritt aus dem CISH durchsetzen, wie Rothfels den bundesdeutschen Diplomaten in Stockholm erklärte:

Er will, sobald die SBZ den zu erwartenden Antrag auf Anerkennung als Nationalverband stellt, ankündigen, daß mit »ernsten Konsequenzen« von Seiten der Historiker der Bundesrepublik gerechnet werden müsse, falls der SBZ-Antrag eine Mehrheit finden sollte. Ein Verlassen des Stockholmer Kongresses als Protest gegen eine etwaige Aufnahme des Historikerverbandes der SBZ soll jedoch deshalb nicht angedroht werden, da eine Durchführung dieser Drohung zu unerwünschten Folgen führen würde. Professor Rothfels möchte alles versuchen, um eine Aufnahme der SBZ-Delegierten als selbständiger Verband zu verhindern, aber gleichzeitig vermeiden, daß die SBZ allein im Internationalen Historikerverband vertreten ist.

Die eher hilflos wirkenden Drohgebärden zeugen von der Defensive, in die der VHD zunehmend auch auf internationaler Bühne geraten war. Zwar gelang es Gerhard Ritter dank seiner persönlichen Autorität in den Gremiensitzungen des CISH weiterhin, den Alleinvertretungsanspruch des bundesdeutschen Historikerverbandes aufrechtzuerhalten, doch stellte sich zunehmend die Frage, wie der VHD diesen Anspruch rechtfertigen wollte, wo doch mittlerweile alle marxistischen Historiker den Verband verlassen hatten. Dieser Zustand ließ im CISH die Stimmen lauter werden, die sich für einen gemeinsamen Verband mit Vertretern aus Ost und West im Vorstand aussprachen. Ähnlich wie die Bundesregierung jegliche sowjetische Konföderationspläne auf staatlicher Ebene ablehnte, wollte auch der VHD eine paritätische Zusammensetzung seines Vorstandes abwenden, wie Hans Rothfels nach seiner Rückkehr aus Schweden in einem vertraulichen Schreiben an die führenden Mitglieder ankündigte:

Was ich im Grunde befürchte, ist nicht die Annahme des Antrags, sondern eine Verkleisterung, indem man nach Moskauer Rezept den Deutschen auferlegt, sich bis zum nächsten Kongreß zu »vereinigen«. Auch das müßten wir meines Erachtens mit aller Betonung unseres Rechts auf Gesamtvertretung u.a. mit dem Hinweis auf die Erfahrungen mit »Koalitionsregierungen« im frühen Faschismus und frühen Nationalsozialismus schärfstens bekämpfen²⁵.

Anders als Ritter wollte Rothfels, genauso übrigens wie der damalige Präsident der Monumenta Germaniae Historica (MGH) Herbert Grundmann²⁶, nicht grundsätzlich den Dialog mit den ostdeutschen Historikern ausschließen, doch hielt ihn seine nationale Pflichttreue von einem solchen Schritt ab; einen gemeinsamen Historikerverband mit den ostdeutschen Historikern lehnte er aber prinzipiell ab, wie er dem AA mitteilte:

Nun hat zum Stockholmer Kongreß die Zone fristgerecht den Antrag gestellt, als eigener Verband aufgenommen zu werden. Sie hat zu diesem Zweck und nur zu ihm ein »Nationalkomitee« der Historiker der DDR gegründet, wohl in der Erkenntnis, daß die oben genannte

²⁵ Schreiben von Prof. Dr. Hans Rothfels, 28.6.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.

²⁶ Vgl. SABROW, Das Diktat des Konsenses (wie Anm. 2), S. 288f.

Gesellschaft wegen ihres politischen Charakters – es sitzen auch Regierungsmitglieder statutenmäßig im Vorstand – formalen Bedenken begegnen würde. Das neue Komitee enthält zwei bürgerliche Historiker zur Abschirmung, hat aber denselben Vorsitzenden – Engelberg – wie die Gesellschaft, ist also eine ausgesprochene Tarnorganisation [...]. Wir lehnen nicht grundsätzlich Diskussionen mit Kommunisten ab, wohl aber entschieden einen Einheitsverband. Ganz abgesehen von den menschlichen Unmöglichkeiten kollegialen Verkehrs mit Männern, die uns jeden Tag als Sklaven des amerikanischen Imperialismus aufs gröblichste beschimpfen, sollte deutlich sein, daß ein Vorstand, der teils aus freien, nur der Wissenschaft verantwortlichen Historikern, teils aus solchen besteht, die nicht nur im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein behaupten, sondern vor allem politisch dirigiert sind, nicht denkbar ist²⁷.

Mit gleicher Argumentation suchten auch verschiedene bundesdeutsche Botschaften den Kontakt zu den Außenministerien ihrer Gastländer (u.a. Japan, Portugal, Spanien, Luxemburg, Ägypten, Norwegen, Griechenland, Italien) und übergaben Noten, in denen sie im Interesse der Wissenschaft darauf hinwiesen, daß die Aufnahme der DDR in das CISH einzig politischen Gründen diene. In einem Aide-Mémoire an die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate stellten die Bonner Diplomaten den fruchtbaren Austausch auf wissenschaftlichem Gebiet in den Mittelpunkt und übten indirekten Druck aus, indem sie auf die hohe Zahl der arabischen Studenten an bundesdeutschen Hochschulen hinwiesen²⁸.

Die Bemühungen des AA und die Vorgespräche der bundesdeutschen Historiker trugen ihre Früchte, so daß der Antrag der DDR bereits am 19. August 1960 abgelehnt wurde²⁹. Daß die DDR mit ihren Bemühungen um Aufnahme keinen Erfolg hatte und das Büro des CISH – anders als von der am 18. März 1958 gegründeten Deutschen Historiker-Gesellschaft der DDR (DHG) erhofft – beschloß, den ostdeutschen Antrag nicht vor die Generalversammlung des Kongresses zu bringen, lag jedoch nicht alleine an den westdeutschen Interventionen, sondern war zugleich »Ausdruck der Überzeugung von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer Ökumene der Historiker im Internationalen Komitee«³⁰. Nachdem bereits 1957 Nordvietnam und Nordkorea Aufnahmeanträge gestellt hatten, sollten sowohl Deutschland als auch Irland weiterhin als positive Beispiele dienen, daß in der Wissenschaft nicht die gleichen Gesetze herrschen wie in der Politik.

Verhindern konnte man es jedoch in Stockholm nicht, daß die DDR-Historiker auf ihrem Namensschild zu der Bezeichnung »Allemagne« noch »Rép. Dém.« hinzufügten und damit die von der SED definierte »Abgrenzungspolitik« auch ihren Eingang in die internationale Gemeinschaft der Historiker fand. Größeres Bedauern läßt sich jedoch bei Eberhard Jäckel aus

²⁷ Hans Rothfels an AA, 25.7.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.

²⁸ PA/AA, B 94, Bd. 904.

²⁹ Vgl. Fernschreiben der bundesdeutschen Botschaft in Stockholm an AA, 20.8.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.

³⁰ ERDMANN, Die Ökumene der Historiker (wie Anm. 3), S. 339f.

der Tatsache herauslesen, »daß Marx, Engels und Lenin den Stockholmer Kongreß beherrscht oder – wenn man so will – tyrannisiert haben« und »von nun an auf den Kongressen zwei grundverschiedene Sprachen gesprochen werden«. Daß bei diesen Diskussionen über die ideologischen Grenzen hinweg die deutsche Sprache »oft als Kommunikationsmittel für ganze Debatten diente«, konnte ihn dabei nur wenig trösten, »denn wenn viel Deutsch gesprochen wurde, so kam es nicht zuletzt daher, daß gerade deutsche Historiker zweier Seiten es waren, die ihren Streit auf diesem internationalen Forum besonders erbittert austrugen [...]. Alles in allem war es ein deprimierender Anschauungsunterricht vom Unglück unseres geschlagenen und gespaltenen Landes«³¹.

Der XII. Internationale Historikerkongreß in Wien 1965

Die schleichende Aushöhlung der Hallstein-Doktrin

Nachdem sich die DDR auf dem Stockholmer Kongreß alle Mühe gegeben hatte, als eigenständiges völkerrechtliches Subjekt aufzutreten und mit diesen Bestrebungen nicht nur im eigenen Lager einen relativen Erfolg verzeichnet hatte, spielte der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 der Bundesregierung in Bonn neue Argumente in die Hand, die DDR auch weiterhin international zu isolieren. Die NATO-Staaten einigten sich als Gegenmaßnahme auf die TTD-Sperre (Nichterteilung von »Temporary Travel Documents«), um Reisen ostdeutscher Bürger in westliche Länder nahezu unmöglich zu machen. Paradoxerweise kamen sie mit diesen Maßnahmen der ostdeutschen Obrigkeit entgegen, die ihren Wissenschaftlern wie im Fall der Ost-Berliner Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) die Reisen in die Bundesrepublik und in das übrige westliche Ausland untersagte, um sie vor den westlichen Aggressionen zu »schützen«³².

Auch wenn der Mauerbau den wissenschaftlichen Austausch zwischen der DDR und der Bundesrepublik stark beeinträchtigte und die SED in ihrem Streben einen Schritt voranbrachte, eine eigenständige zweite Geschichtswissenschaft auf deutschem Boden zu konsolidieren, ließ sich sowohl die vollständige Isolierung des »Mauerstaates« als auch die fachliche Abschottung auf internationalen Druck hin nicht lange aufrechterhalten, denn schon wenige Monate später drohten verschiedene NGO, keine Kongresse mehr in NATO-

³¹ Eberhard JÄCKEL, Der XI. Internationale Historikerkongreß in Stockholm, in: GWU 11 (1960), S. 700–705.

³² Vgl. SABROW, Das Diktat des Konsenses (wie Anm. 2), S. 289ff.

Staaten zu vergeben, wenn den ostdeutschen Teilnehmern keine TTD ausgestellt würden. Daraufhin beschlossen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik auf der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO am 2. Mai 1963, die TTD-Sperre zu lockern, so daß nun wieder DDR-Sportler und »Medical Scientists« in NATO-Länder reisen durften. Bedingung war jedoch, auf jede eigenstaatliche Vertretung (DDR-»Spalterflagge« und »Becher-Hymne«) zu verzichten³³.

Angesichts des gestiegenen Willens zur Entspannung auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs und dem zunehmenden Eigengewicht der DDR in den internationalen Beziehungen sank in den westlichen Ländern die Bereitschaft jedoch weiter, die von der Bundesrepublik formulierten Spielregeln des deutsch-deutschen Systemwettstreits im Bereich der internationalen Wissenschaftsbeziehungen zu akzeptieren. Claus Müller-Dehn, Auslandsreferent der DFG, hatte in Gesprächen mit Vertretern der amerikanischen, britischen und französischen Wissenschaftsorganisationen am Rande des Kongresses des International Council of Scientific Unions (ICSU) die Erfahrung gemacht, daß die Hallstein-Doktrin gerade in diesem Bereich des Systemkonflikts immer stärker von Erosion bedroht war:

Bei dieser Besprechung habe sich herausgestellt, daß die Wissenschaftsorganisationen des uns befreundeten westlichen Auslands völlig das Gefühl dafür verloren hätten, daß die TTD-Sperre eine Konsequenz der Errichtung der Berliner Mauer war. Dieser Kausalzusammenhang werde nicht mehr gesehen. In den wissenschaftlichen Spitzenorganisationen der westlichen Länder bestehe die Tendenz, die eigenen Regierungen dringlich – und öffentlich – aufzufordern, die gegenwärtige »Quarantäne« für die ostdeutschen Wissenschaftler, d.h. die TTD-Sperre, aufzuheben und die Freizügigkeit der Wissenschaft wiederherzustellen³⁴.

Bonn war jedoch nicht bereit, die TTD-Sperre weiter aufzuweichen, denn es befürchtete eine Durchlöcherung ihres Alleinvertretungsanspruchs »von unten«, merkte aber nicht, wie es mit der zwanghaften Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin gerade die verständigungswilligen Kräfte in der DDR schwächte und den Hardlinern Argumente für immer neue abgrenzende Maßnahmen in die Hände spielte. Indem die Bundesregierung alle Möglichkeiten zur »Propagierung der Zweistaatentheorie« einschränken wollte, kam sie zum einen ihrem eigenen Anspruch nicht nach, alle deutschen Historiker vertreten zu wollen. Zum anderen gelang es ihr immer weniger, »in der westlichen Öffentlichkeit das Bewußtsein lebendig zu halten, daß es nur ein Deutschland gibt«, wie sie den Organisationen der bundesdeutschen Forschungsförderung im Jahre 1965 nochmals zu verdeutlichen versuchte:

Sie soll dem SED-Regime die Möglichkeit nehmen, die »staatliche Eigenständigkeit der DDR« durch gezielte Entsendung von Persönlichkeiten, die ihm genehm sind, in der Öffent-

³³ Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Flaggen der SBZ befaßten Referate vom 14.5.1963, 17.5.1963; PA/AA, B 94, Bd. 1.441.

³⁴ Bundesdeutsche Botschaft in London an AA, 22.7.1963; PA/AA, B 94, Bd. 1.441.

lichkeit der NATO-Länder zu propagieren. Das System der TTD-Sperre ist jedoch so aufgebaut, daß alle Auslandsreisen von Deutschen aus der Sowjetzone stattfinden und gefördert werden sollen, die der menschlichen Begegnung dienen und die Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes auch außerhalb Deutschlands unterstreichen³⁵.

Nachdem DDR-Wissenschaftler ab Mitte der 1960er Jahre auf internationalen Druck hin wieder als Privatpersonen bzw. als Mitglieder einer gesamtdeutschen Delegation in den Westen reisen durften, konzentrierte das AA seine Energien auf den Versuch von ostdeutschen Teilnehmern, an internationalen Tagungen und Kongressen die Bezeichnung »Delegation der DDR« durchzusetzen. Mit diesen Maßnahmen traf sie jedoch nicht nur das SED-Politbüro, sondern gerade auch jene DDR-Bürger, welche die Einheit nicht aus dem Blick verloren hatten. Aber nur langsam drang dieses Bewußtsein auch nach Bonn vor:

Ziel der TTD-Politik des Westens ist nicht etwa die Isolierung der Bevölkerung der Sowjetzone, sondern im Gegenteil die Beseitigung der von den Behörden der Sowjetzone über ihre Bevölkerung verhängten Ausreisesperre. Solange die Unterbindung der innerdeutschen Freizügigkeit an der Mauer und an der Demarkationslinie fort dauert, kann eine Modifizierung der TTD-Sperre nicht erwogen werden.

Aus diesem Grund formulierte das AA Empfehlungen an bundesdeutsche Wissenschaftler, die sich besonders mit der Herkunftsbezeichnung der deutschen Teilnehmer bei wissenschaftlichen Kongressen beschäftigten:

Um die gegenseitige Verbundenheit der Wissenschaftler aus ganz Deutschland zum Ausdruck zu bringen, empfiehlt es sich, die Kongreßleitung rechtzeitig – d.h. schon während der Vorbereitungszeit – zu bitten, in den Kongreßveröffentlichungen den Begriff »DDR« (und Übersetzungen) zu vermeiden und als Herkunftsbezeichnung der deutschen Teilnehmer zu wählen: »Herr – Frau – X (Deutschland, Herkunftsort)« [...]. Falls die Kongreßteilnehmer aus der Sowjetzone versuchen, eine gesamtdeutsche Vertretung in der entsprechenden internationalen nicht-staatlichen Vereinigung zu sprengen, um eine eigene Mitgliedschaft einer Wissenschaftsorganisation der Sowjetzone zu begründen, so sollte in dem befaßten Gremium (Generalversammlung, Exekutivausschuß o.ä.) entgegnet werden, daß ein solcher Mitgliedschaftsantrag das rein politische Ziel habe, der Zwei-Staaten-Theorie zur Anerkennung zu verhelfen [...]. Eine solche Störung menschlicher und wissenschaftlicher Beziehungen liege nicht im Interesse einer internationalen Wissenschaftsvereinigung und sollte von ihr nicht gefördert werden³⁶.

Daß das Internationale Olympische Komitee (IOC) der DDR im Herbst 1965 zugestand, bei den Olympischen Spielen in Grenoble und Mexiko-Stadt (1968) mit einer eigenen Mannschaft aufzutreten, zeugt von dem zunehmenden Druck auf die Bundesregierung, ihre Politik gegenüber der DDR zu

³⁵ Die Einreiserichtlinien der NATO-Staaten für Wissenschaftler aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und ihre Gründe [März 1965]; PA/AA, B 94, Bd. 1.544. Hier auch folgende Zitate.

³⁶ Empfehlungen für Kongreßteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland zur Wahrung der gesamtdeutschen Interessen in internationalen nicht-staatlichen Wissenschaftsorganisationen [März 1965]; PA/AA, B 94, Bd. 1.544.

ändern. Sport wie auch Wissenschaft mit ihrem vordergründig unpolitischen Charakter boten Ost-Berlin dabei ein ideales Aktionsfeld, um auf internationalem Parkett Fuß zu fassen, so daß die Bundesregierung den Konsultationsrhythmus im eigenen Lager erhöhte. Am 12. Juli 1965 trafen sich Ministerialbeamte mit Spitzenvertretern der bundesdeutschen Hochschul- und Forschungsinstitutionen (DFG, DAAD, WRK u.a.) zu einer Sitzung, auf der die Politik die Wissenschaft mit kämpferischem Duktus und nationalem Pathos für ihre politischen Ziele gewinnen wollte:

Am wichtigsten für die Abwehr der Versuche der SBZ, in internationale Wissenschaftsvereinigungen einzudringen, ist die persönliche Einsatzbereitschaft des deutschen Vertreters in der jeweiligen Organisation, so unerfreulich auch die politischen Auseinandersetzungen mit Vertretern des Ostblocks sein mögen. Es kommt darauf an, der anderen Seite keinen Einbruch zu gestatten. Die Wiedervereinigung als nationales Ziel anzustreben, ist nicht nur Sache der Regierung, sondern bedarf der Mitwirkung eines jeden einzelnen Staatsbürgers³⁷.

Der dezentrale und diversifizierte Charakter des bundesdeutschen Wissenschaftssystems erschwerte der Politik jedoch den Versuch, als zentrales Lenkungsorgan in den Wissenschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit dem Ausland aufzutreten. Zwar deutet das rege Wirken des AA auf Bestrebungen der Exekutive hin, den Auftritt bundesdeutscher Wissenschaftler im Ausland für politische Ziele zu nutzen, doch wußte die Politik um ihre Grenzen, die die Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft und die Kulturhoheit der Länder infolge der föderalen Struktur der Bundesrepublik zentralisierenden Tendenzen zu setzen vermochten³⁸. Wollte die Politik ihren Einfluß ausdehnen, mußte sie die Abstimmungsfrequenz mit den unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Organisationen erhöhen und auf die Interessenkonvergenz der Wissenschaftler bauen.

Oft blieb ihr nur die subsidiäre Betätigung, um für ihre politischen Anliegen zu werben. Auf diese Weise machte sie den bundesdeutschen Wissenschaftlern den von ihnen erwarteten nationalen Einsatz für das Vaterland im wahrsten Sinne des Wortes »schmackhaft«. Im März 1965 erhielten die Botschaften die Anweisung, deutsche Delegationsteilnehmer vor Beginn eines Kongresses zu einem Empfang einzuladen, um sie »der Unterstützung der Vertretung in allen politischen Fragen zu versichern«. Doch damit nicht genug:

Bei allen Kongressen empfiehlt sich ferner ein Abschlußempfang, zu dem neben den deutschen Wissenschaftlern und ausländischen Kongreßteilnehmern die Organisatoren des Kongresses (Kongreßleitung und Vorstand der jeweiligen internationalen Vereinigung), Vertreter

³⁷ Ergebnisprotokoll der Besprechung mit Spitzenvertretern der deutschen Wissenschaft am 12. Juli 1965, 15.00 Uhr, im Sitzungssaal des Ministerflügels des Auswärtigen Amtes unter Vorsitz von Herrn Staatssekretär Lahr, 19.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 1.544.

³⁸ Vgl. Peter WEINGART, Wissenschaft und Forschung, in: Bernhard SCHÄFERS, Wolfgang ZAPF (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S. 720–731.

der zuständigen Behörden und der Wissenschaft sowie der Presse des Gastgeberlandes eingeladen werden sollten³⁹.

Nachdem es Bonn mit solchen und ähnlichen Reizen bis 1965 gelungen war, die Anerkennung der DDR durch Staaten außerhalb des Ostblocks zu blockieren und die internationale Akzeptanz deutscher Zweistaatlichkeit zu verhindern, näherte sich mit dem XII. Internationalen Historikerkongreß in Wien eine neue Bewährungsprobe, die einen tieferen Einblick in das Verhältnis der Politik zur Wissenschaft auf bundesdeutscher Seite bietet.

*Der schmale Grat zwischen politischem Dirigismus
und der Freiheit der Wissenschaft*

Die hier [in Stockholm] zu Tage tretende aggressive Haltung der SBZ-Historiker wurde damit begründet, daß eben durch Deutschland eine ideologische Demarkationslinie gehe, die zu einem besonders avantgardistischen Auftreten zwingt. Diese Haltung der SBZ-Historiker ließ befürchten, daß es auf dem XII. Internationalen Historikerkongreß [in Wien] zu noch schärferen Auseinandersetzungen kommen werde, zumal auch zahlreiche Publikationen der Deutschen Historiker-Gesellschaft in diese Richtung deuteten⁴⁰.

Entspannung und Dialogwille über die ideologischen Grenzen hinweg mit der daraus erwachsenen Bereitschaft, den Status quo in den internationalen Beziehungen und besonders auch in Deutschland zu akzeptieren, brachte die bundesdeutsche Diplomatie Mitte der 1960er Jahre innen- wie außenpolitisch in die Bredouille. So wie die Bundesregierung in der Frage der Hallstein-Doktrin international erpreßbar wurde – die Staaten der Dritten Welt ließen sich ihre Disziplin zumeist großzügig bezahlen – und in steter Regelmäßigkeit die begrenzten offensiven Möglichkeiten der Hallstein-Doktrin zu spüren bekam⁴¹, wußten die bundesdeutschen Historiker um den symbolischen und damit pekuniären Wert ihrer Wissenschaft. So nahm der Kieler Historiker und Schriftführer des VHD Kurt Jordan die ostdeutschen Aktivitäten im Vorfeld des Wiener Kongresses zum Anlaß, um einen Kostenübernahmeantrag an das AA mit (deutschland-)politischen Argumenten zu begründen:

Nach unseren bisherigen Informationen ist damit zu rechnen, daß die Geschichtswissenschaft der SBZ und der Ostblockstaaten auf diesem Kongreß in Wien sehr stark vertreten sein werden und voraussichtlich dieses internationale Forum dazu benutzen, um – insbesondere auf dem Gebiet der neueren und neuesten Geschichte – eine verstärkte Aggressivität gegenüber

³⁹ AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland, Betr.: Verhinderung des Eindringens der SBZ in nichtstaatliche internationale Organisationen (NGO = Non Governmental Organizations) auf dem Gebiet der Wissenschaft; hier: verbesserte Abwehrmaßnahmen [März 1965]; PA/AA, B 94, Bd. 1.544.

⁴⁰ Bundesdeutsche Botschaft in Wien an AA, 7.9.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁴¹ Vgl. Manfred GÖRTEMAKER, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 412f.

der westdeutschen Geschichtswissenschaft zu entfalten. Aus diesem Grunde wäre es erwünscht, daß möglichst viele Historiker aus der Bundesrepublik an diesem Kongreß teilnehmen könnten. Eine solche Teilnahme wird sich in vielen Fällen, gerade bei jüngeren Fachkollegen, jedoch nur dann ermöglichen lassen, wenn sie einen Zuschuß zu den Reise- und Aufenthaltskosten erhalten. Deshalb wären wir dem Auswärtigen Amt für eine Bewilligung sehr dankbar⁴².

Nachdem das AA dem VHD 1960 noch 10 000,- DM zur Verfügung gestellt hatte, erschwerten die mittlerweile mit den Bundesländern getroffenen Abmachungen jedoch eine erneute Kostenübernahme infolge neuer Kompetenzverteilungen:

Nach einer zwischen dem Auswärtigen Amt und den Kultusministerien der Länder getroffenen und seit längerer Zeit praktisch durchgeführten Vereinbarung sind die einzelnen Länderkultusministerien für Anträge dieser Art zuständig, wenn der Kongreßort in Europa gelegen ist. Dies gilt für den Fall, daß die Universitäten nicht in der Lage sind, die erforderlichen Beihilfen bereitzustellen [...]. Es bedarf keiner besonderen Erläuterungen, daß es beim Auswärtigen Amt außerordentlich begrüßt werden würde, wenn an dem o.a. Kongreß möglichst viele deutsche Historiker teilnehmen können⁴³.

Mehr Glück hatte der VHD dann aber beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das eine Beihilfe in Höhe von 10 000,- DM bewilligte⁴⁴. Der deutsch-deutsche Systemwettbewerb auf internationaler Bühne war damit in den 1960er Jahren ein nahezu permanenter Anlaß für Aushandlungsprozesse zwischen Politik und Wissenschaft, in denen sich die damals führenden westdeutschen Historiker als verlässliche Vertreter »nationaler Interessen« und treue Verbündete der von Adenauer betriebenen Westintegration zeigten. Im Gegenzug ließen sie sich ihre Loyalität jedoch zugunsten ihrer Disziplin bezahlen, denn sie wußten um die politische Bedeutung der Geschichtswissenschaft im Systemkonflikt. Ob sich in diesen Aushandlungsprozessen die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik als Folge des steigenden Konformitätsdrucks verschoben, soll dabei auf den nächsten Seiten beleuchtet werden.

Die bundesdeutschen Vorbereitungen auf den Internationalen Historikerkongreß in Wien spiegeln die letzte Phase eines Anpassungsprozesses, in dem es von den Grundsätzen der 1950er Jahre Abschied zu nehmen galt, wie Peter Graf von Kielmansegg zutreffend schreibt: »Die häßliche Wirklichkeit, die Existenz eines zweiten deutschen Staates, ließ sich nicht länger leugnen, was immer über seine Legitimität zu sagen sein mochte«⁴⁵. Da auch immer

⁴² Prof. Dr. Kurt Jordan (Schriftführer des Verbandes der Historiker Deutschlands) an die Kulturabteilung des AA; Betr.: 12. Internationaler Historikerkongreß in Wien (29.8.–5.9.1965), 28.1.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁴³ Kulturabteilung des AA an Prof. Dr. Jordan, 4.2.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁴⁴ Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an AA und BMWF, 30.6.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁴⁵ Peter Graf von KIELMANSEGG, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 513.

weniger Wissenschaftler aus dem westlichen Ausland bereit waren, die politische Isolierung der DDR und ihrer Historiker ohne weiteres hinzunehmen, stand nicht mehr die Frage ob, sondern vielmehr wann Bonn die Hallstein-Doktrin aufgeben würde, auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Diesen Zeitpunkt galt es jedoch so weit wie möglich hinauszuschieben, so daß auch die bundesdeutsche Botschaft in Wien vor dem Kongreß ihre Aktivitäten auszudehnen hatte. Daß sie sich auf die Symbolik und die Äußerlichkeiten beschränkte, um »allen dem Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik entgegenstehenden Maßnahmen vorzubeugen«, mag man als Selbstbeschränkung auf das diplomatische Feld interpretieren, spricht allerdings auch für die eingeschränkten Handlungsspielräume, über die die Bonner Diplomatie nur noch verfügte. Auch die empfohlene Kontaktaufnahme zur Kongreßleitung und »ggf. eine vorbereitende Demarche im Außenministerium« in Wien kamen eher Rückzugsgefechten gleich, um die Bezeichnung »DDR« und das »Zeigen der Spalterflagge« zu vermeiden und eine gemeinsame Herkunftsbezeichnung für alle deutschen Teilnehmer zu erreichen:

»Herr (Frau) X (Herkunftsort, Deutschland)«. Nur im äußersten Notfall kann auf die Bezeichnung »Bundesrepublik Deutschland« und für die Sowjetzone in Anwendung der in den Vereinten Nationen üblichen Terminologie »Ostdeutschland« ausgewichen werden. Das Wort »Deutschland« sollte dabei möglichst im Druck hervorgehoben werden [...]. Über Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Alleinvertretungsrechts der Bundesrepublik Deutschland ist umgehend – erforderlichenfalls drahtlich – zu berichten⁴⁶.

Nach einer »Fühlungnahme« mit dem Generalsekretär des Kongresses konnte die bundesdeutsche Botschaft in Wien beruhigt berichten, daß die DDR nicht durch eine Delegation, sondern nur durch Einzelpersonen vertreten sein wird⁴⁷. Diese Beteuerungen reichten dem AA aber nicht, so daß es sich an den Präsidenten des VHD, den Kieler Professor Karl Dietrich Erdmann, mit der Frage wandte, »ob und welche Möglichkeiten Sie sehen, der Bedrohung der gesamtdeutschen Interessen auf der internationalen Historikertagung zu begegnen. Insbesondere würde hier interessieren, ob im Internationalen Historiker-Verband eine gesamtdeutsche Vertretung besteht und diese auf Betreiben der SBZ gespalten werden soll«⁴⁸. Die Antwort Erdmanns dürfte das AA nicht eben beruhigt haben, denn er vermutete, »daß das »Nationalkomitee der Historiker der DDR« einen solchen Antrag vorlegen wird. Offen ist, wie die verschiedenen Nationaldelegationen sich dazu einstellen werden. Es ist ihnen bekannt, daß auch in der westlichen Welt außerhalb der offiziellen Politik eine

⁴⁶ AA an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien, 2.3.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁴⁷ Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien an AA, 30.3.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁴⁸ AA an Karl Dietrich Erdmann, 8.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

wachsende Neigung besteht, die sogenannten Tatsachen anzuerkennen und die Spaltung Deutschlands als ein Faktum hinzunehmen«⁴⁹. Der französische Historiker Michel François, Generalsekretär des CISH, galt Erdmann keinesfalls als Garant für die Vertretung bundesdeutscher Interessen, so daß er dem AA zu einem vorsichtigen Vorgehen bei dem Vorhaben riet, über die UNESCO in Erfahrung zu bringen⁵⁰, welche Mitglieder dem Comité angehören und wie die deutsche Vertretung geregelt sei:

Herr François, dessen Verhalten nicht immer ganz durchsichtig ist, der aber wohl auch in Frankreich unter andersartigen Einflüssen steht, würde aus einer solchen Anfrage ersehen, daß nicht nur der Verband der Historiker Deutschlands, sondern auch die Bundesrepublik als Mitglied der UNESCO an dem Problem der deutschen Vertretung im Internationalen Komitee ein besonderes Interesse nimmt. Eine solche Anfrage müßte mit einer gewissen Zurückhaltung durchgeführt werden, um nicht das bestehende korrekte, kollegiale Verhältnis zwischen den deutschen Historikern und dem in Paris residierenden Internationalen Komitee zu stören.

Im Rahmen der Bemühungen, »der SBZ mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten«, übersandte das AA die Einschätzung Erdmanns an den Ständigen Deutschen Delegierten bei der UNESCO und stellte ihm anheim, ob und in welcher Weise diese Anregung aufgenommen werden könne⁵¹.

Wie schon im Vorfeld des Stockholmer Kongresses, als Gerhard Ritter zu den privilegierten Ansprechpartnern des AA gehört hatte⁵², fragten die Bonner Diplomaten auch nun wieder bei dem Freiburger Historiker an, »ob es ihm zweckmäßig erscheine und möglich sei, die verschiedenen Nationaldelegationen in der Frage der deutschen Mitgliedschaft um ein für uns positives Votum zu ersuchen und ob gegebenenfalls diplomatische Demarchen mit dem gleichen Ziel seine Bemühungen unterstützen würden«⁵³. Ritters Antwort, die von Erdmann geteilt wurde⁵⁴, war auch jetzt wieder eindeutig und weist auf einen Charakterzug der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung hin, die seit ihrer Konstituierung Ende der 1940er Jahre demonstrativ ihren historischen Objektivitätsglauben und wissenschaftliche Unabhängigkeit gegenüber der Politik betonte, wie Ralph Jessen schreibt: »Zwar sahen es die Zeithistoriker der frühen Bundesrepublik als ihre Aufgabe an, ihren Teil zur historischen Aufklärung und politischen Willensbildung beizutragen; eine Einmischung politischer Interessen in den Wissenschaftsbetrieb wiesen sie

⁴⁹ Karl Dietrich Erdmann an AA, 9.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101. Hier folgendes Zitat.

⁵⁰ Das CISH wurde als Mitglied des »Conseil international de la philosophie et des sciences humaines« (CIPSH) indirekt von der UNESCO finanziert.

⁵¹ AA an Ständigen Deutschen Delegierten bei der UNESCO, 23.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁵² Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 7), S. 452f.

⁵³ AA an Gerhard Ritter, 21.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁵⁴ Vgl. Karl Dietrich Erdmann an AA, 30.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

jedoch scharf zurück«⁵⁵. So wandte sich dann auch ein so staatstragender und national gesinnter Historiker wie Ritter gegen ein übermäßiges Einwirken der Politik:

Auf keinen Fall halte ich ein direktes Eingreifen des Auswärtigen Amtes für erwünscht und zweckmäßig. Ich fürchte, das würde als politische Einmischung in das Leben eines freien Gelehrtenverbandes empfunden werden und nur unerfreuliche Wirkungen auslösen⁵⁶.

Ritters Einschätzung, nach der die DDR-Historiker keinen Mitgliedschaftsantrag stellen würden, nahm das AA in Bonn mit Erleichterung auf, doch wollte es »jedes Überraschungsmoment« ausschalten, so daß es den Freiburger Historiker bat, in Erwägung zu ziehen, »ob Sie im Rahmen Ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Herrn François an diesen in der oben erwähnten Angelegenheit herantreten könnten«. Daß es mit dieser Bitte eine sensible Gratwanderung vollzog, schien auch dem AA bewußt gewesen zu sein:

Abschließend darf Ihnen das Auswärtige Amt versichern, daß ihm jede politische Einmischung in die Freiheit der Wissenschaft fern liegt und es lediglich bemüht ist daran mitzuwirken, daß diese Freiheitssphäre von politischem Mißbrauch bewahrt bleibt. Das Auswärtige Amt dankt Ihnen für Ihre Bemühungen um die Wahrung der gesamtdeutschen Interessen im Internationalen Historikerverband⁵⁷.

Ritter schien die Grenzen jedoch nicht überschritten zu sehen, so daß er sich bei Michel François erkundigte und von ihm die bestätigende Nachricht erhielt, daß das Nationalkomitee der DDR keinen Antrag auf Mitgliedschaft im CISH gestellt habe⁵⁸. Welche wertvollen Dienste Ritter dem AA im vorpolitischen Raum leistete, konnte die Bonner Behörde auch aus der Antwort des bundesdeutschen Delegierten bei der UNESCO herauslesen:

Von französischer Seite konnte ich erfahren, daß Professor Michel François der Geschichtsschreiber der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzungsmacht ist, und es wurde mir geraten, an ihn nicht heranzutreten, da er eine sehr schwierige Persönlichkeit sei. Im übrigen meinte der französische Gewährsmann, daß nicht anzunehmen sei, daß Professor François gegen die amtliche Linie der französischen Außenpolitik wie auch gegen die bisherige Linie der UNESCO verstoßen würde, indem er sich für eine Aufnahme der Sowjetzone in das Comité International des Sciences Historiques einsetzen werde⁵⁹.

Die im Vorfeld so sehr gefürchteten deutsch-deutschen Auseinandersetzungen fanden zur Überraschung der westdeutschen Seite auf dem Kongreß nicht

⁵⁵ Ralph JESSEN, Zeithistoriker im Konfliktfeld der Vergangenheitspolitik, in: Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt a.M., New York, S. 153–175, hier S. 163.

⁵⁶ Ritter führte weiter aus: »Wir haben immer Wert darauf gelegt und tun es auch jetzt noch zu wissen, daß das Auswärtige Amt hinter unseren Bemühungen steht, die Mitgliedschaft von zwei Historikerverbänden im CISH zu verhindern, und ich denke, eben deshalb werden wir uns auch immer bemühen, das Auswärtige Amt laufend über den Stand der Dinge und Fragen zu orientieren«; Gerhard Ritter an AA, 26.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁵⁷ AA an Gerhard Ritter, 3.8.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101

⁵⁸ Gerhard Ritter an AA, 18.8.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁵⁹ Deutscher Delegierter bei der UNESCO an AA, 30.8.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

statt. Die ostdeutschen Historiker hätten die Diskussionen nach Einschätzung der Botschaft in Wien betont sachlich geführt und sich auch für persönliche Kontakte zugänglich gezeigt, »so daß fachlich und menschlich eine unerwartet gute Atmosphäre herrschte [...]. Wenn sich auch nicht erkennen ließ, ob besondere Gründe für dieses Verhalten bestimmend waren, so dürfte doch das schon seit längerer Zeit zu beobachtende Interesse, das der Ostblock an kulturellen Kontakten mit dem Westen zeigt, wesentlich zu diesem konzilianteren Verhalten auf dem XII. Internationalen Historikerkongreß in Wien beigetragen haben«⁶⁰. Diese Auffassung teilte auch Karl Dietrich Erdmann, der das korrekte Umgehen miteinander u.a. darauf zurückführte,

daß sich die Historiker der Sowjetunion und insbesondere der Leiter der sowjetischen Delegation, Professor Guber, uns bundesdeutschen Historikern ganz ausgesprochen kollegial-freundschaftlich gegenüber verhielten. Wahrscheinlich hat für dieses atmosphärische Moment sich die Teilnahme einiger deutscher Kollegen an einem Kongreß in Moskau im April d.J. sehr vorteilhaft ausgewirkt. Mit Herrn Guber war ich übrigens darin einig, daß für den 1970 in Moskau stattfindenden Internationalen Historikerkongreß unter allen Umständen dafür Vorsorge getroffen werden müsse, daß es zu einer wirklichen Diskussion gegensätzlicher Standpunkte und nicht nur zu einer Abfolge von Referaten kommen sollte. Hier scheint sich also die Möglichkeit einer positiven Zusammenarbeit anzubahnen. Wieweit das Verhältnis der Kollegen aus der SBZ uns gegenüber hiervon in Zukunft beeinflußt sein wird, bleibt abzuwarten⁶¹.

Relativ schnell zeigte sich jedoch, daß sich die Wege der beiden deutschen Geschichtswissenschaften trennten, was von ostdeutscher Seite im Anschluß an den Wiener Kongreß als Normalisierung angesehen wurde:

Dieses moderierte Verhalten war ein Anzeichen dafür, daß sich die Geschichtswissenschaft der BRD von nun an daran gewöhnen mußte, auf den Internationalen Historikerkongressen die Präsenz einer sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft hinzunehmen – einer Geschichtswissenschaft, die mit eigenen Forschungsleistungen aufwartet und gleichberechtigt am Leben der internationalen Historiographie teilnimmt⁶².

Weil es schließlich auch für die internationale Historikerkunft unmöglich wurde, die DDR nicht als Staat anzuerkennen, wurde das NK der DDR auf dem XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau in das CISH aufgenommen, was für das ostdeutsche NK die Gelegenheit war, die letzten deutsch-deutschen Brücken abubrechen, zu denen u.a. die Internationale Bibliogra-

⁶⁰ Botschaft der BRD in Wien an AA, 30.3.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁶¹ Karl Dietrich Erdmann setzte auch in den folgenden Jahren für den Ausbau der Kontakte zwischen westdeutschen und sowjetischen Historikern ein und nutzte den XIII. Internationalen Historikerkongreß im August 1970 in Moskau, um ein Treffen zwischen beiden Seiten zu organisieren. Der Präsident des VHD, Theodor Schieder, setzte sich auf Erdmanns Anregung mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und der DFG in Verbindung, die beide die Bereitschaft zur Finanzierung des Projekts bekundeten; Vermerk des Referates IV 5 zum Kontakt zwischen deutschen und sowjetischen Historikern, 9.2.1971; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

⁶² Horst HAUN, Die Geschichtswissenschaft der DDR auf dem Internationalen Historikerkongreß 1965 in Wien (unveröffentlichtes Manuskript), S. 58.

phie der Geschichtswissenschaften gehörte, wie Hermann Heimpel im Januar 1971 Karl Ferdinand Werner mitteilte:

Nachdem, wie Sie wissen werden, die Historikergesellschaft der DDR auf dem Moskauer Kongreß in das Internationale Comité aufgenommen ist, hatte dieses, d.h. Herr Professor Engelberg, nichts Eiligeres zu tun, als uns die Zusammenarbeit zwischen Ost-Berlin, Leipzig und Göttingen aufzusagen bzw. aufsagen zu lassen. Die andere Seite wird vom Jahrgang 1970 ab ihre Produkte unmittelbar an Herrn Tolu in Paris schicken⁶³.

Fazit

Die ideologische und institutionelle Teilung der deutschen Geschichtswissenschaft war ein langjähriger Prozeß gegenseitiger Abgrenzung, der sowohl von äußerer Blockbildung als auch von innerer Demarkation geprägt war. Doch während sich die staatliche Teilung bereits 1949 vollzogen hatte, wirkte das universalistische Selbstverständnis von Wissenschaft mit seinem grenzüberschreitenden Anspruch einer schnelleren Entfremdung entgegen. Auch wenn die Hallstein-Doktrin ab Mitte der 1960er Jahre immer mehr als anachronistisches Gebilde in einem nach Entspannung strebenden Ost-West-Konflikt daherkam, so förderte sie nicht nur die Ostbezogenheit, sondern räumte auch der Geschichtswissenschaft als herausgehobenem Austragungsort des »deutschen Sonderkonflikts« eine Schlüsselposition ein. Dabei ging es beiden Seiten jeweils um die Beweisführung der eigenen Überlegenheit, die mit abwertenden Urteilen über die Gegenseite einherging. Auf diese Weise blieben sich beide Historiographien im Gegensatz kommunikativ verbunden.

Die ideologische Konfrontation der Blöcke mit dem ihr inhärenten Konformitätsdruck ließ diese unterschiedlichen Systemrationalitäten auch in der Bundesrepublik so manches Mal ins Schwanken geraten, denn gerade die Zeitgeschichte hatte sich immer wieder »Verwertungsinteressen« auf Seiten der Politik zu stellen, die besonders in der Konkurrenz zur DDR auf die fließenden Grenzen »zwischen politisch-normativen und wissenschaftlichen Urteilen« baute. Charakteristisch für das Verhältnis von historischer Wissenschaft und Politik im Umfeld der hier behandelten Historikerkonferenzen waren jedoch permanente Aushandlungsprozesse um Geschichte als »geeignete Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Einfluß und Macht«⁶⁴ auf der einen und historischem Wissen als Produkt wahrheitsgetreuer Rekonstruktionen und Traditionskritik auf der anderen Seite. Daß

⁶³ Hermann Heimpel an Karl Ferdinand Werner, 5.1.1971; ADHIP, Bd. 428.

⁶⁴ Edgar WOLFRUM, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001, S. 5.

Geschichtswissenschaft und Politik in der Bundesrepublik »aufeinander bezogene Sphären mit unterschiedlichen Interessen, Rationalitätskriterien und Wahrheitsansprüchen« blieben, zeithistorische Forschung aber nicht – wie Ralph Jessen schreibt – umstandslos durch politische Legitimationsinteressen vereinnahmt wurde⁶⁵, lag zum einen an den föderalen Strukturen von Wissenschaft und Forschung, die gemeinsam mit dem Prinzip der Selbstverwaltung ein institutioneller Riegel gegen politische Machtfülle waren. Zum anderen wußten Politiker wie Historiker, daß Politikferne der Wissenschaft im innerdeutschen Systemwettstreit auch in den internationalen Beziehungen ein »Standortvorteil« war.

Das kurz angeschnittene Beispiel der Widerstandsgeschichtsschreibung deutet auf deutsch-deutsche Polarisierungs- und innere Homogenisierungstendenzen hin, die Folge der »Territorialisierung des Gegensatzes von »marxistisch« und »bürgerlich/nichtmarxistisch««⁶⁶ waren und in dieser Weise bei den westlichen und östlichen Nachbarn nicht anzutreffen waren. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft blieb dabei bis in die 1960er Jahre von neorankeanischen Vertretern wie Ritter, Rothfels und Erdmann dominiert, die aus einer »Burgsicherungsmentalität« heraus methodisch wie programmatisch sehr deutsch blieben. So verstanden sie die internationalen Historikerkongresse nicht als willkommene Ideenbörse, sondern konzentrierten sich auf den deutsch-deutschen Systemkonflikt, der für sie zugleich zur Folie wurde, mit der sie sich anderen historischen Schulen näherten. Thomas Etzemüller interpretiert diese Haltung sehr einleuchtend: »Man verteidigte deutsche Werte gegen den Westen, sah sich aber zugleich als Verteidiger westlicher Werte gegen den Osten«⁶⁷.

Die konsequente Ablehnung der französischen »Annales« durch Ritter als Folge der für die bundesdeutsche Gesellschaft so typischen Angst vor kommunistischer »Unterwanderung« ist nur ein Beispiel für die schmalere historiographische Spannweite der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft im Vergleich zu anderen westlichen Ländern. Die deutsch-deutsche Konkurrenzsituation bremste damit in diesen Jahren die ohnehin »langsame Weiter-

⁶⁵ Ralph JESSEN, Zeithistoriker im Konfliktfeld der Vergangenheitspolitik, in: Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt a.M., New York, S. 153–175, hier S. 157.

⁶⁶ Matthias MIDDELL, Schwierigkeiten des Historiographievergleichs – Bemerkungen anhand der deutsch-deutschen Nachkriegssituation, in: Christoph CONRAD, Sebastian CONRAD (Hg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002, S. 360–395, hier S. 374.

⁶⁷ Thomas ETZEMÜLLER, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001, S. 306.

entwicklung«⁶⁸ des »politisch-moralisch gezähmten Historismus« (Ernst Schulin), so daß methodische und inhaltliche Modernisierungsschübe durch den Austausch mit der internationalen Historikerwelt erst mit »Retardwirkung« einsetzten. Um die westdeutsche Historiographie zu erweitern bzw. zu internationalisieren, bedurfte es erst des Generationswechsels und eines »Wandels durch Annäherung« ab Ende der 1960er Jahre, was dann auch den internationalen Historikerkongressen zugute kam.

⁶⁸ Ernst SCHULIN, Zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Versuch eines Überblicks, in: Jürgen KOCKA u.a. (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 831–846, hier S. 835.